



Erklärung zum Energiekonzept der Bundesregierung

Atomausstieg nicht länger verzögern

Das von der Bundesregierung angekündigte Energiekonzept weist mit der Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke in die falsche Richtung.

Denn mit erheblich verlängerten Laufzeiten

- wird das faktische Strommonopol der vier großen Energiekonzerne gefestigt,
- wird der innovative Ausbau regenerativer Energiequellen gehemmt,
- verringert sich der Anreiz zur Entwicklung technischer Lösungen zur Energieeinsparung
- und wird der notwendige Umbau der Energieversorgung unter Einbezug der Wind- und Solarenergie verzögert.

Darüber hinaus widerspricht insbesondere die Verlängerung der Laufzeiten der sieben älteren Atomkraftwerke dem Gebot der Sicherheit; der faktische Verzicht auf notwendige Nachrüstungen zum Schutz der Reaktoren vor Flugzeugabstürzen oder terroristischen Angriffen ist unverantwortlich.

Die Verlängerung der Laufzeiten ist auch unter Berücksichtigung der weiterhin ungeklärten Endlagerung des Atommülls nicht zu rechtfertigen.

Der Diözesanrat tritt deswegen dafür ein, dass die älteren Atomkraftwerke, insbesondere der Reaktor Isar 1, gemäß der bisherigen Planung stillgelegt werden und die Laufzeiten für die weiteren Atomkraftwerke so geregelt werden, dass eine nachhaltige und zukunftsfähige Energiepolitik nicht gehindert wird.

Aus Gründen der Sicherheit und des Schutzes der Bevölkerung lehnt der Diözesanrat auch die geplante Erweiterung des Atomkraftwerkes in Temelin entschieden ab. Denn: Bei Atomkraft ist auch das geringste Risiko wegen der unabsehbaren Konsequenzen eines Störfalles nicht zu verantworten.

Der Diözesanrat fordert die Bundesregierung auf, den Beschluss über die Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke zu überdenken, die Abschaltung der Atomkraftwerke voranzutreiben und den Ausbau der regenerativen Energien verstärkt zu fördern.

Die Verbraucher/innen ruft der Diözesanrat auf, mit der Wahl ihrer Stromversorger ein klares Zeichen für regenerative Energien und gegen Atomstrom zu setzen.

Beschluss des Vorstandes des Diözesanrates vom 16.9.2010